

Christoph Ruf

NPD verbieten?

Es gibt Fragen, die leichter zu beantworten sind als die nach der Sinnhaftigkeit eines NPD-Verbots. Doch spätestens seit den Morden des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrundes (NSU) mündet darum fast zwangsläufig jede Diskussion, wie der Neonazismus in Deutschland besser bekämpft werden kann, in dieser Forderung. Doch ist das Verbot wirklich die entscheidende Frage?

Christoph Ruf

(* 1972) arbeitet als freier Journalist u.a. für die *Süddeutsche Zeitung*, die *Frankfurter Rundschau* und *Spiegel Online*. Mit Olaf Sundermeyer veröffentlichte er 2008 *In der NPD – Reisen in die National Befreite Zone*.

www.christoph-ruf.de



Die antifaschistische Gretchenfrage – Wie hältst du es mit dem NPD-Verbot? – ist eine, bei der die konträren Positionen auf stichhaltige Argumente verweisen können. Statt eines donnernden »Contra« mag mir deshalb allenfalls ein verzagtes »eher dagegen« über die Lippen kommen. Umso überzeugter bin ich allerdings, dass die Diskussion um das Parteiverbot die eigentlich entscheidende Frage bei der Bekämpfung des Neonazismus überlagert

Die Verbots-Befürworter haben zwei gewichtige Argumente auf ihrer Seite. Zum einen sind staatliche Mittel aus der Parteienfinanzierung längst die Haupteinnahmequelle einer Partei, der man als Demokrat keinen einzigen Cent gönnt. Zum anderen wird es der NPD als legaler Partei durch das Parteienprivileg ermöglicht, offen neonazistische Demonstrationen anzumelden, die anderenfalls wohl schlichtweg verboten würden.

Inhaltlich gäbe es sowieso viele Gründe, diese offen (neo-)rassistische, offen an-

tisemitische und revanchistische Partei als das zu brandmarken, was sie ist: Eine Formation, die dem »System von 1949« (Parteiize Karl Richter) bis ins Vokabular hinein genau die Verachtung entgegenbringt, die die Nationalsozialisten der Weimarer Reichsverfassung angeidehen ließen. Die Expertendiskussion, ob die NPD dabei von einem »verfassungswidrigen Verhalten« (das nachzuweisen für ein erfolgreiches Verbotsverfahren notwendig wäre), oder bloß von einer »verfassungsfeindlichen Haltung« gekennzeichnet sei, überlasse ich dabei gerne den Experten.

Mich treibt die zutiefst politische Frage um, ob ein NPD-Verbot den gewünschten Effekt hätte. Daran sind umso mehr Zweifel erlaubt, als viele Befürworter einen administrativen Schritt (der zugegebenermaßen eine politische Signalwirkung hat) mit einer konsistenten inhaltlichen Strategie gegen Rechtspopulismus und Neonazismus verwechseln. Viele der Befürworter eines Parteiverbotes sind vielleicht auch deshalb so überzeugt von der Richtigkeit ihres Weges, weil sie die Frage nach dem Verbot mit einem inhaltlichen Votum gleichsetzen – und damit verwechseln.

Wer die Frage positiv beantwortet, ob die Welt eine bessere wäre, wenn es diese Partei nicht gäbe, findet es offenbar häufig auch konsequent, genau deshalb für ihr Verbot zu optieren.

Doch die NPD ist nicht gleichzusetzen mit der neonazistischen Szene in Deutschland. Die NPD ist als Wahlpartei und als organisatorische Hülle Teil eines bestens vernetzten Mikrokosmos aus rechten Klein- und Kleinstparteien, Alt-Nazis und NS-Nostalgikern sowie den nur lose organisierten neonazistischen Kameradschaften. Deren Mitglieder haben oft ein ambivalentes Verhältnis zur Partei, viele Aktivisten lehnen die NPD gar als zu »etabliert« ab. Andere Teile sympathisieren offen mit ihr – ein großer Teil des Führungspersonals, vor allem der Nachwuchsorganisation »Junge Nationaldemokraten«, rekrutiert sich aus der aktivistischen Szene – oder ist zumindest zu partieller Zusammenarbeit (Saalschutz, gemeinsame Demonstrationen) bereit.

Im Grunde ist die NPD isoliert betrachtet ein desolater Haufen von etwa 5.000 Mitgliedern, deren wenige strategische Köpfe von den Machtzentren in Schwerin, Dresden (die Sitze der beiden Landtagsfraktionen) und Riesa (Sitz des parteieigenen *Deutsche Stimme*-Verlags und Wohnort vieler Funktionäre) von Aurich nach Zittau delegiert werden, um eine Ansammlung von Wirrköpfen und Kriminellen auf Kurs zu bringen. Hätte die NPD sich nicht unter ihrem ehemaligen Vorsitzenden Udo Voigt konsequent gegenüber den militanten Neonazis geöffnet – ihr würde in defensiv geschätzten 95 % der Wahlkreise schlicht das Personal fehlen, um ein paar Plakate aufzuhängen.

Ohne ihre Fußtruppen fristet sie ein Dasein, das mit dem der DVU in den 90ern vergleichbar ist. Die NPD ist in den meisten Wahlkreisen allenfalls eine leere Hülle – eine Postfachadresse, hinter der sich kein nennenswertes Parteileben verbirgt. NPD-Aktivisten sehen sich als Teil einer politischen Bewegung. Ihre Loyalität gilt nicht der Partei, sondern einem völkischen »nationalen Sozialismus«, dessen Säulenheilige die Gebrüder Strasser und Rudolf Hess sind. Nicht Holger Apfel, der derzeitige NPD-Vorsitzende.

Was also würde passieren, wenn die Partei verboten wäre und sich – was nicht eben wahrscheinlich ist – nicht binnen kurzem eine Nachfolgepartei gründen würde? Was würde das am gesellschaftlichen Alltag in der Uckermark, dem Leipziger Land oder in Ostsachsen ändern? Würde auch nur ein Migrant sicherer leben, würde sich auch nur ein Linker, eine Homosexuelle weniger bemüßigt fühlen, nach dem dritten Aufenthalt in der Notaufnahme doch in die nächstgrößere Stadt zu ziehen?

Parteienfixierte politische Wahrnehmung

Wer längere Zeit im europäischen Ausland gelebt hat, ist immer wieder verwundert, wie parteienfixiert die politische Wahrnehmung hierzulande ist. Erst der Landtags-einzug der NPD in die Parlamente von Schwerin und Dresden sorgte für eine breite öffentliche Empörung, die all die anderen Parameter, anhand derer die Wirkungsmächtigkeit neonazistischer Ideologien (rassistisch motivierte Morde, Propagandadelikte, Zahl der Kameradschaften, Bands und Internetseiten) beschrieben werden kann, niemals hätten auslösen können. Anders gesagt: Wenn wir an die Zustände denken, die uns unerträglich vorkommen, subsumieren wir deren Urheber gerne unter dem Signet NPD. In völliger Missachtung der Tatsache, dass militante Neonazis, die ein Parteibuch in der Gesäßtasche haben, auch dann »Ausländer« oder andersdenkende Jugendliche verprügeln würden, wenn man sie ihres Mitgliedsausweises beraubte.

All das sind Argumente, die dagegen sprechen, dass sich durch ein NPD-Verbot die gesellschaftliche Realität signifikant ändern würde. Ich wäre dennoch für den Gang nach Karlsruhe, wenn ich nicht starke politische Gründe sehen würde, die einem Verbot entgegenstehen.

Doch ich weiß, dass die Attraktivität der NPD in ihren Hochburgen nicht zuletzt dem Umstand geschuldet ist, dass sie sich konsequent zum Märtyrer stilisiert – und damit als optimale Projektionsfläche für Menschen, die sich von der offiziellen Politik und der Mehrheitsgesellschaft vergessen und verachtet fühlen. Wer nach dem Schulabschluss vor der Alternative steht, sein Leben lang arbeitslos zu sein, oder in ein fremdes Bundesland zu ziehen, empfindet die Oden an die »Freiheit«, die etwa Joachim Gauck so hymnisch intoniert, als weit weniger erhebend als die Akademiker in florierenden westdeutschen Wohlstandsenklaven. Das ist der gleiche Grund, warum antifaschistische Präventionsarbeit sich nicht auf abstrakte Appelle für »Toleranz« oder Empathie (»Mein Freund ist Ausländer«) erschöpfen darf. Und es ist der Grund, warum die NPD-Propaganda verfährt, wonach die staatliche Repression doch nur zeige, wie groß die Angst vor den »Wahrheiten der NPD« sei. Das – selbstredend taktische – Argument, dass eine echte Demokratie unliebsame Meinungen nicht verbieten dürfe, verfährt darüber hinaus nach meinen Erfahrungen, zumindest im Rosa-Luxemburg-sozialisierten Osten, auch bei Menschen, die die NPD ablehnen oder sogar bekämpfen. Auch sie empfänden ein Verbot nicht als Manifestation eines starken, sondern eines schwachen Staates.

Die NPD nicht zu verbieten darf allerdings keinesfalls bedeuten, dass der Kampf gegen Neonazismus weniger ernst genommen wird. Ganz im Gegenteil: Er sollte endlich ernsthaft aufgenommen werden. Das fängt damit an, dass man sich genau mit der Partei beschäftigt, die man zu bekämpfen vorgibt. In Brandenburg wurde beim »Jugend debattiert«-Wettbewerb eine Schülerin ausgezeichnet, die die DVU für noch gefährlicher als die NPD hielt, u.a. weil sie mehr Mitglieder habe. In der Jury saß auch die Bildungsministerin. Auch ihr war offenbar entgangen, dass die DVU Ende 2010 in der NPD aufgegangen ist.

Es ist blanker Zynismus, wenn die gegenwärtige Bundesregierung sich beim NPD-Verbot aufplustert und gleichzeitig dutzenden Initiativen, die vor Ort den Kampf gegen den Alltagsrassismus aufnehmen, die Mittel kürzt. Es ist ebenfalls blanker Zynismus, wenn Gegen-Rechts-Initiativen nachweisen müssen, dass ihre Mitarbeiter auf dem Boden des Grundgesetzes stehen.

Und es ist ein Skandal erster Güte, dass all das geschieht, weil die so genannte Extremismustheorie des Dresdner Wissenschaftlers Eckhard Jesse nicht als intellektuell defizitär sondern als eine Art biblische Weisheit gesehen wird. Jesse, der nichts dagegen hat, wenn man ihn »Rechtsextremismusexperten« nennt, war übrigens bass erstaunt, dass sich in Deutschland rechtsterroristische Strukturen herausgebildet haben. Kein Wunder, schließlich ist die Quintessenz seines Theorems ja, dass »Rechtsextremismus« (der über 150 Todesopfer seit der Wende forderte) und »Linksextremismus (keine Opfer im gleichen Zeitraum) gleich gefährlich seien. Jesse ist nun selbstverständlich für ein NPD-Verbot – wen wundert das?

Unabhängig von der Frage, ob man die Partei denn nun verbieten lassen will oder nicht, sollte aber klar sein, dass das eine wichtige, keinesfalls aber die entscheidende Frage ist, wenn man das Ziel hat, zu verhindern, dass immer mehr Jugendliche in die bestens ausgestattete Subkultur abdriften. Solange es noch hunderte Schulen gibt, deren Direktoren (vielleicht sogar guten Gewissens) behaupten, ihre Schule sei »nazifrei«, während sich auf dem Pausenhof dutzende Schüler mit einschlägigen Pullis und Symbolen tummeln, solange viele Politiker und Kommentatoren weiter ignorieren, wie gesellschaftsfähig rassistische und antisemitische Stereotypen wieder geworden sind, bleibt es eine primär symbolische Frage, ob man die NPD denn nun für illegal erklärt oder nicht. An der gesellschaftlichen Realität wird sie nichts ändern. Genau das wäre aber nötiger denn je. ■